

1967	Ausgegeben zu Bonn am 8. Juni 1967	Nr. 25
------	------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
29. 5. 67	Gesetz zu dem Vertrag vom 13. September 1965 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen	1733
23. 2. 67	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über die Auslieferung flüchtiger Rechtsbrecher	1743
13. 5. 67	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die steuerliche Behandlung von Kraftfahrzeugen im deutsch-belgischen Verkehr und im Durchgangsverkehr	1748
18. 5. 67	Bekanntmachung zu dem deutsch-britischen Abkommen über den Rechtsverkehr	1748

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 13. September 1965
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kongo
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Vom 29. Mai 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brazzaville am 13. September 1965 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 29. Mai 1967

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Brandt

Der Bundesminister des Auswärtigen
Brandt

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schiller

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Kongo
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Traité
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République du Congo
relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle
des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK KONGO

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die private wirtschaftliche Initiative zu ermutigen und zu beleben und folglich den Wohlstand beider Völker zu mehren,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig behandeln als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandeln als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

LA RÉPUBLIQUE DU CONGO

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux Etats,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants ou des sociétés de l'un des deux Etats sur le territoire de l'autre Etat et

RECONNAISSANT qu'une protection contractuelle de ces investissements est de nature à encourager et stimuler l'initiative économique privée et, par voie de conséquence, à augmenter la prospérité des deux nations

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1^{er}

Chaque Partie Contractante encouragera dans la mesure du possible l'investissement de capitaux sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante et admettra ces investissements en conformité de sa législation. Elle traitera les investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

(1) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les investissements dont des ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, à un traitement moins favorable que celui accordé aux investissements de ses propres ressortissants et sociétés ou aux investissements des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

(2) Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne l'activité qu'ils exercent en connexion avec des investissements, à un traitement moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants et sociétés ou à des ressortissants et sociétés d'Etats tiers.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants ou de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'investissement exproprié, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au mo-

im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet in bezug auf Kapitalanlagen den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer des Kapitals, der Erträge und, im Falle der Liquidation, des Liquidationserlöses.

Artikel 5

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Absätze 2 und 3 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Absatz 2 oder 3, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

ment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu de façon adéquate à la fixation et au versement de l'indemnité. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des pertes par l'effet d'une guerre ou d'un autre conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de cette dernière, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé à ses propres ressortissants ou sociétés. De tels versements seront librement transférables.

(4) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants ou sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants ou sociétés de l'autre Partie Contractante le libre transfert du capital investi et du produit de ce capital et, en cas de liquidation, du produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des versements à ses propres ressortissants ou sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 11, reconnaît la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ces ressortissants ou sociétés à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications (droits transmis) que la première Partie Contractante sera autorisée à exercer dans la même mesure que son prédécesseur. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en question en vertu de la transmission des droits, les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'auront pas conclu d'arrangement contraire approuvé par les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre des paragraphes 2 ou 3 de l'article 3 ainsi que de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV section 3 de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S., à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit, als sie günstiger ist, vor.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und good will;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen, einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Kongo:
Kongolesen im Sinne des Kongolesischen Staatsangehörigkeitgesetzes für die Republik Kongo.

(4) Der Ausdruck „Gesellschaften“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in bezug auf die Republik Kongo:
Jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Kongo hat und nach den bestehenden Gesetzen gegründet wurde, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Article 7

(1) S'il résulte de la législation de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière qui accorde aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, cette réglementation primera le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

(2) Chaque Partie Contractante respectera toute autre obligation qu'elle aura assumée relativement à des investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante sur son territoire.

Article 8

(1) Le terme « investissements » comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement

- a) la propriété de biens meubles et immeubles ainsi que tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage etc.;
- b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
- c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et good will;
- e) les concessions de droit public, y compris les concessions de recherche et d'exploitation.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissement.

(2) On entend par « produits » les montants versés à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements pour une période déterminée.

(3) On entend par « ressortissants »

- a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
- b) en ce qui concerne la République du Congo:
les Congolais au sens du code de la nationalité congolaise la République du Congo.

(4) On entend par « sociétés »

- a) en ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne:
toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République fédérale d'Allemagne et constituée légalement en conformité de la législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non;
- b) en ce qui concerne la République du Congo:
toute personne morale ainsi que toute société de commerce ou autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire de la République du Congo et constituée conformément à la législation en vigueur, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen haben. Das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandschulden bleibt unberührt.

Artikel 10

Jede Vertragspartei gewährt die Inländerbehandlung im Rahmen dieses Vertrages auf Grund der Tatsache, daß die Inländerbehandlung in den gleichen Angelegenheiten auch von der anderen Vertragspartei eingeräumt wird.

Artikel 11

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennung vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 12

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens zum Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectués sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité. Cette disposition ne porte pas atteinte à l'Accord du 27 février 1953 relatif aux Dettes extérieures de l'Allemagne.

Article 10

Dans le cadre du présent Traité, chaque Partie Contractante accordera le traitement national, en vertu du fait que ce traitement est également accordé dans les mêmes matières par l'autre Partie Contractante.

Article 11

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un Etat tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au Membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage statue à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du Président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Article 12

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt -- mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen -- auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Kongo innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Brazzaville am 13. September 1965 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
J. Haßbacher

Article 13

A l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République du Congo dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 14

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussitôt que possible à Bonn.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 13 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Brazzaville le 13 septembre 1965 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République du Congo
Ebocka-Babackas

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kongo haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Zu Artikel 1

Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei im Anwendungsbereich ihrer Rechtsordnung von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz dieses Vertrages.

(2) Zu Artikel 2

- a) Als Betätigung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 ist insbesondere anzusehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als weniger günstige Behandlung im Sinne des Artikels 2.
- b) Artikel 2 Absatz 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

(3) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter Enteignung ist die Entziehung oder Beschränkung jedes Vermögensrechts zu verstehen, das allein oder mit anderen Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet.

(4) Zu Artikel 4

Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(5) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Zu Artikel 8

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Falle ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

Protocole

Lors de la signature du Traité relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Congo, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Ad article 1^{er}

Les investissements effectués en conformité de la législation de l'une des Parties Contractantes dans le champ d'application de son droit par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie Contractante, jouissent de l'entière protection du présent Traité.

(2) Ad article 2

- a) Seront considérés comme activité au sens du paragraphe 2 de l'article 2 notamment, mais pas exclusivement, l'administration, l'utilisation, l'usage et la jouissance d'un investissement. Seront considérées notamment comme « traitement moins favorable » au sens du paragraphe 2 de l'article 2: toute restriction à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant un effet analogue. Les mesures prises pour des raisons de sécurité, d'ordre et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme « traitement moins favorable » au sens de l'article 2.
- b) Le paragraphe 2 de l'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en qualité de salarié.

(3) Ad article 3

Les dispositions du paragraphe 2 de l'article 3 sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par « expropriation » le retrait ou la limitation de tout droit de propriété qui, seul ou conjointement avec d'autres droits, constitue un investissement de capital.

(4) Ad article 4

Est également considérée comme « liquidation » au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

(5) Ad article 6

Est considéré comme effectué « sans délai » au sens du paragraphe 1 de l'article 6, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(6) Ad article 8

- a) Les produits de l'investissement et, en cas de réinvestissement, les produits de leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement.
- b) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie Contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie Contractante en question.

(7) Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschifffahrt oder Luftfahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Gütern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind, oder von Personen, wenn die Beförderung im Zusammenhang mit einer solchen Kapitalanlage erfolgt, ausschalten oder behindern. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrages angelegt sind, sowie für Personen, wenn die Beförderung im Auftrage eines solchen Unternehmens erfolgt.

GESCHEHEN zu Brazzaville am 13. September 1965 in vier Urschriften, zwei in deutscher, zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
J. Hablacher

(7) Chaque Partie Contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime ou aérienne de l'autre Partie Contractante au transport de marchandises destinées aux investissements de capitaux au sens du présent Traité, ou de personnes dont le transport a lieu en connexion avec de tels investissements. Cette disposition s'applique également aux marchandises acquises sur le territoire d'une Partie Contractante ou d'un Etat tiers moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des biens ont été investis au sens du présent Traité, ainsi qu'aux personnes dont le transport a lieu pour le compte d'une telle entreprise.

FAIT à Brazzaville le 13 septembre 1965 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Pour la République du Congo
Ebouka-Babackas

Der Minister
für
Finanzen, Staatshaushalt
und Planung

Brazzaville, den 13. September 1965

Herr Botschafter,

Unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Kongo deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Kongo einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Ebouka-Babackas

Seiner Exzellenz,
dem Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Jakob Hasslacher

Le Ministre
des Finances, du Budget
et du Plan

Brazzaville, le 13 septembre 1965

Monsieur l'Ambassadeur,

Me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Congo relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République du Congo accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands au Congo, désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République du Congo, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publiques ou de moralité ne s'y opposent.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer votre accord sur ce qui précède.

Veuillez agréer, Excellence, l'expression de ma plus haute considération.

Ebouka-Babackas

A Son Excellence
l'Ambassadeur
de la République fédérale d'Allemagne
Monsieur Jakob Hasslacher

Der Botschafter
der
Bundesrepublik Deutschland

Brazzaville, den 13. September 1965

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kongo über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften zu erleichtern und zu fördern, wird die Republik Kongo deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in die Republik Kongo einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit Vorstehendem bestätigen würden.“

Ich beehre mich, Ihnen mein Einverständnis mit Vorstehendem mitzuteilen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

J. Haßlacher

Seiner Exzellenz
dem Minister
für Finanzen, Staatshaushalt
und Planung
Herrn Edouard Ebouka-Babackas
Brazzaville

L'Ambassadeur
de la
République fédérale d'Allemagne

Brazzaville, le 13 septembre 1965

Excellence,

J'ai l'honneur d'accuser réception de votre lettre de ce jour, rédigée comme suit:

« Me référant au Traité signé ce jour entre la République fédérale d'Allemagne et la République du Congo relatif à l'encouragement et à la protection mutuelle des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de vous faire savoir ce qui suit:

Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, la République du Congo accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands au Congo, désireraient entrer, séjourner et exercer une activité de salarié dans la République du Congo, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir me confirmer votre accord sur ce qui précède. »

J'ai l'honneur de vous confirmer mon accord sur ce qui précède.

Veillez agréer, Excellence, l'expression de ma plus haute considération.

J. Hasslacher

A Son Excellence
le Ministre
des Finances, du Budget
et du Plan
Monsieur Edouard Ebouka-Babackas
Brazzaville

**Bekanntmachung
der Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Ghana
über die Auslieferung flüchtiger Rechtsbrecher**

Vom 23. Februar 1967

In Accra ist durch Notenwechsel vom 8./10. Juni 1966 die Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ghana über die Auslieferung flüchtiger Rechtsbrecher unter den in diesem Notenwechsel näher bezeichneten Voraussetzungen und Bedingungen geschlossen worden.

Die Vereinbarung ist am
10. Juni 1966
in Kraft getreten: sie wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. Februar 1967

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung
Prof. Dr. Ehmke

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Schütz

NOTENWECHSEL

(Übersetzung)

Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland
Accra
V 4-80

Embassy of the
Federal Republic of Germany
Accra
V 4-80

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland beehrt sich, auf die Verhandlungen über einen deutsch-ghanaischen Auslieferungsvertrag zwischen Vertretern der ghanaischen Regierung und einer deutschen Delegation Bezug zu nehmen. Bei den Verhandlungen ist der Wunsch geäußert worden, für die Zeit bis zum Inkrafttreten eines Staatsvertrages über die Auslieferung eine vorläufige Vereinbarung zu treffen, die es den Regierungen beider Staaten ermöglicht, sich gegenseitig flüchtige Verbrecher auszuliefern. Entsprechend dieser Anregung wird folgender Wortlaut einer Vereinbarung vorgeschlagen:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Ghana liefern sich gegenseitig unter den Voraussetzungen und Bedingungen, wie sie in den Auslieferungsgesetzen der beiden Staaten festgelegt sind, Personen zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung aus, vorausgesetzt, daß

1. die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht beider Staaten mit einer Gefängnisstrafe im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht ist und im Falle der Strafvollstreckung die noch zu verbüßende Strafe mindestens insgesamt sechs Monate beträgt;
2. die strafbare Handlung keinen politischen Charakter hat oder nicht nur nach militärischen Strafgesetzen strafbar ist;
3. der Verfolgte nicht Angehöriger des ersuchten Staates ist;
4. der Verfolgte in dem Gebiet des ersuchten Staates nicht freigesprochen oder schuldig befunden worden ist oder das Verfahren nicht noch anhängig ist;
5. nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden oder ersuchten Staates die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung noch nicht verjährt ist.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Ghana erklären, daß der Ausgelieferte wegen einer anderen, vor der Übergabe begangenen Handlung als derjenigen, die der Auslieferung zugrunde liegt, nur verfolgt, abgeurteilt, zur Vollstreckung einer Strafe in Haft gehalten oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wird:

- a) wenn der Staat, der ihn ausgeliefert hat, zustimmt;
- b) wenn der Ausgelieferte, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, das Hoheitsgebiet des Staates, dem er ausgeliefert worden ist, innerhalb von 30 Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat oder wenn er nach Verlassen dieses Gebiets dorthin zurückgekehrt ist.

Die Regierung des ersuchten Staates verzichtet auf die Erstattung aller Kosten, die aus Anlaß einer Auslieferung auf seinem Gebiet entstanden sind mit Ausnahme der

Verbal Note

The Embassy of the Federal Republic of Germany presents its compliments to the Ministry of External Affairs and has the honour to refer to the negotiations on a German-Ghanaian Extradition Agreement between representatives of the Government of the Republic of Ghana and a German delegation. During the negotiations it was suggested that until the entry into force of a State Treaty on Extradition an arrangement should be made for the time being which enables the Governments of both States to surrender to each other fugitive criminals. In accordance with these suggestions the following is proposed as the terms and conditions of the arrangement:

“The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Ghana surrender to each other, subject to provisions and conditions laid down in the extradition laws of both states, persons for the prosecution or for the carrying out of a sentence, provided that

1. the offence in respect of which extradition is requested is punishable under the laws of both States by imprisonment for a maximum period of at least one year or by a more severe penalty and, in the case of the carrying out of the sentence, the punishment remaining to be served must be for a period of at least six months;
2. the offence is not one of a political character and not an offence punishable only under military law;
3. the person claimed is not a national of the requested state;
4. the person claimed has not yet been tried and acquitted or found guilty or is not under trial in the territory of the requested State for the offence for which his extradition is requested;
5. according to laws of the requested or the requesting State the person claimed has not yet become immune by reason of lapse of time to the prosecution or the carrying out of a sentence.

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Ghana declare that a person who has been extradited shall not be proceeded against, sentenced or detained with a view to the carrying out of a sentence for any offence committed prior to his surrender other than that for which he was extradited nor shall he be for any other reason restricted in his personal freedom, except in the following cases:

- a) when the State which surrendered him consents,
- b) when that person having had an opportunity to leave the territory of the State to which he has been surrendered, has not done so within 30 days of his final discharge, or has returned to that territory after leaving it.

The Government of the requested State renounces all claims to refund all expenses incurred on its territory by reason of the extradition except the fees of solicitors

Kosten für einen von dem ersuchenden Staat beauftragten Rechtsbeistand und der Kosten für einen See- oder Lufttransport.

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Ghana innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt."

Falls sich die Regierung der Republik Ghana mit den vorstehenden Vorschlägen einverstanden erklärt, wird vorgeschlagen, daß diese Note und die entsprechende Antwortnote der Regierung der Republik Ghana eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden sollen, die mit dem Datum der Antwortnote in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Accra, den 8. Juni 1966

An das
Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
Accra

or counsels employed by the requesting State and the costs for a sea or air transport.

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Republic of Ghana within three months from the date of entry into force of this Agreement."

If the Government of the Republic of Ghana accepts the afore-mentioned propositions it is suggested that this Note and the corresponding Note in reply from the Government of the Republic of Ghana constitute an arrangement between our two Governments which will enter into force with the date of the reply Note.

The Embassy of the Federal Republic of Germany avails itself of this opportunity to renew to the Ministry of External Affairs the assurance of its highest consideration.

Accra, 8th June, 1966

Ministry of
External Affairs,
Accra

(Übersetzung)

Ministry of External Affairs
No. SCR. LE TR 7 VOL. 2 322

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
No. SCR. LE TR 7 VOL. 2 322

The Ministry of External Affairs of the Government of Ghana presents its compliments to the Embassy of the Federal Republic of Germany and has the honour to acknowledge receipt of the Embassy's Note V 4—80 dated 8th June, 1966 in which it is set out the following terms and conditions of the arrangement concerning extradition of fugitive offenders pending the entry into force of a State Treaty on Extradition between the Government of Ghana and the Federal Republic of Germany:—

“The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Ghana surrender to each other, subject to provisions and conditions laid down in the extradition laws of both states, persons for the prosecution or for the carrying out of a sentence, provided that

1. the offence in respect of which extradition is requested is punishable under the laws of both States by imprisonment for a maximum period of at least one year or by a more severe penalty and, in the case of the carrying out of the sentence, the punishment remaining to be served must be for a period of at least six months;
2. the offence is not one of a political character and not an offence punishable only under military law;
3. the person claimed is not a national of the requested state;
4. the person claimed has not yet been tried and acquitted or found guilty or is not under trial in the territory of the requested State for the offence for which his extradition is requested;
5. according to laws of the requested or the requesting State the person claimed has not yet become immune by reason of lapse of time to the prosecution or the carrying out of a sentence.

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Ghana declare that a person who has been extradited shall not be proceeded against, sentenced or detained with a view to the carrying out of a sentence for any offence committed prior to his surrender other than that for which he was extradited nor shall he be for any other reason restricted in his personal freedom, except in the following cases;

- a) when the State which surrendered him consents,
- b) when that person having had an opportunity to leave the territory of the State to which he has been surrendered, has not done so within 30 days of his final discharge, or has returned to that territory after leaving it.

The Government of the requested State renounces all claims to refund of all expenses incurred on its territory by reason of the extradition except the fees of solicitors or counsels employed by the requesting State and the costs for a sea or air transport.

This Agreement shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Regierung von Ghana beehrt sich, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland den Empfang ihrer Note vom 8. Juni 1966 — V 4 — 80 — zu bestätigen, in welcher die Bestimmungen einer Vereinbarung über die Auslieferung flüchtiger Rechtsbrecher für die Zeit bis zum Inkrafttreten eines Staatsvertrages zwischen der Regierung von Ghana und der Bundesrepublik Deutschland über die Auslieferung wie folgt niedergelegt sind:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Ghana liefern sich gegenseitig unter den Voraussetzungen und Bedingungen, wie sie in den Auslieferungsgesetzen der beiden Staaten festgelegt sind, Personen zur Strafverfolgung oder Strafvollstreckung aus, vorausgesetzt, daß

1. die strafbare Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht beider Staaten mit einer Gefängnisstrafe im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht ist und im Falle der Strafvollstreckung die noch zu verbüßende Strafe mindestens insgesamt sechs Monate beträgt;
2. die strafbare Handlung keinen politischen Charakter hat oder nicht nur nach militärischen Strafgesetzen strafbar ist;
3. der Verfolgte nicht Angehöriger des ersuchten Staates ist;
4. der Verfolgte in dem Gebiet des ersuchten Staates wegen der strafbaren Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nicht freigesprochen oder schuldig befunden worden ist oder das Verfahren nicht noch anhängig ist;
5. nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden oder ersuchten Staates die Strafverfolgung oder Strafvollstreckung noch nicht verjährt ist.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Ghana erklären, daß der Ausgelieferte wegen einer anderen, vor der Übergabe begangenen Handlung als derjenigen, die der Auslieferung zugrunde liegt, nur verfolgt, abgeurteilt, zur Vollstreckung einer Strafe in Haft gehalten oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen wird:

- a) wenn der Staat, der ihn ausgeliefert hat, zustimmt;
- b) wenn der Ausgelieferte, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, das Hoheitsgebiet des Staates, dem er ausgeliefert worden ist, innerhalb von 30 Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat oder wenn er nach Verlassen dieses Gebiets dorthin zurückgekehrt ist.

Die Regierung des ersuchten Staates verzichtet auf die Erstattung aller Kosten, die aus Anlaß einer Auslieferung auf seinem Gebiet entstanden sind mit Ausnahme der Kosten für einen von dem ersuchenden Staat beauftragten Rechtsbeistand und der Kosten für einen See- oder Lufttransport.

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Ghana innerhalb von drei

Government of the Republic of Ghana within three months from the date of entry into force of this Agreement."

The Ministry of External Affairs hereby confirms that the above correctly sets out the understanding reached between the representatives of the Government of Ghana and the delegation representing the Federal Republic of Germany and that this arrangement comes into force with effect from today, the 10th of June, 1966.

The Ministry of External Affairs avails itself of this opportunity to renew to the Embassy of the Federal Republic of Germany the assurances of its highest consideration

Accra, 10th June, 1966

Monaten nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung eine gegenseitige Erklärung abgibt."

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten bestätigt, daß es sich hierbei um Wiedergabe dessen handelt, worüber zwischen den Vertretern der Regierung von Ghana und der die Bundesrepublik Deutschland vertretenden Delegation Einvernehmen erzielt worden ist, und daß diese Vereinbarung mit Wirkung von heute, dem 10. Juni 1966, in Kraft tritt.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland seiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

Accra, den 10. Juni 1966

Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des Abkommens
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien
über die steuerliche Behandlung von Kraftfahrzeugen
im deutsch-belgischen Verkehr und im Durchgangsverkehr

Vom 13. Mai 1967

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 6. Dezember 1966 zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die steuerliche Behandlung von Kraftfahrzeugen im deutsch-belgischen Verkehr und im Durchgangsverkehr (Bundesgesetzbl. II S. 1508) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 6 Abs. 1

am 1. April 1967

in Kraft getreten ist.

Die Bundesrepublik Deutschland hat dem Königreich Belgien am 24. März 1967 mitgeteilt, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

Bonn, den 13. Mai 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Lahr

Bekanntmachung
zu dem deutsch-britischen Abkommen über den Rechtsverkehr

Vom 18. Mai 1967

Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Malawi ist durch Notenwechsel vom 22. Oktober 1966 und 5. April 1967 das beiderseitige Einverständnis darüber festgestellt worden, daß das deutsch-britische Abkommen über den Rechtsverkehr vom 20. März 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 623) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Landes Berlin und der Republik Malawi fortgilt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 30. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 1276) und vom 30. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. II S. 827).

Bonn, den 18. Mai 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Schütz